



Libyen: Weg mit Gaddafi und seinen Freunden

Nachdem die Tunesier und Ägypter durch wochenlange Demonstrationen und Streiks ihre Diktatoren stürzen konnten, ist noch lange kein Ende der Revolutionswelle in Nordafrika in Sicht. Seit gut zwei Wochen sind auch in Libyen Proteste ausgebrochen, um den seit über 40 Jahren regierenden Diktator Muammar el Gaddafi zu stürzen. Noch hält er sich mit brutaler Gewalt in Tripolis an der Macht, obwohl bereits große Teile des Landes in der Hand der aufständischen Bevölkerung sind.

Wie auch bei Tunesien und Ägypten reagieren die westlichen Mächte eher verhalten. Die USA hat erst vergangene Woche die Konten der Gaddafi-Familie einfrieren lassen; die EU beschloss diese Woche formal Sanktionen gegen Libyen. Verwunderlich? Dieses Land ist der drittgrößte Erdölexporteur der Welt, es hat angeblich die größten Ölreserven Afrikas. Mehr als 85% der libyschen Erdölexporte gehen nach Europa. Und 2010 flossen rund 6,6 Millionen Tonnen Erdöl nach Deutschland. Auch deswegen wurden Milliarden von deutschen, französischen und italienischen Firmen in Libyen investiert. Die BASF-Tochter Wintershall investierte zwei Milliarden Dollar. RWE verfügt über riesige Nutzerrechte für die Öl- und Gasförderung. Die westlichen Staaten und Unternehmen fürchten um ihre Investitionen und das Erdöl. Sie wollen und benötigen um jeden Preis eine „stabile Regierung“ in Libyen.

Und die Heuchelei geht weiter!

Schon zwischen 1965 und 1983 wurden libysche Soldaten von der deutschen Bundeswehr ausgebildet. Die Bundesregierung und der Diktator führten freundschaftliche Beziehungen miteinander – auch wenn dieser sich Revolutionsführer nannte und sich „sozialistisch“ gab. Und auch als sich das Verhältnis, aufgrund eines von Gaddafis unterstützten Terroranschlags über Schottland scheinbar abkühlte, blieb Libyen immer interessant. Libyen entwickelte sich, nachdem es von den USA 2003 aus der „Liste der Schurkenstaaten“ gestrichen wurde, zum wichtigen Erdöllieferanten und verlässlichem Verbündeten gegen die Flüchtlinge aus Afrika. Die EU gaben Gaddafi Milliarden um die „Festung Europa“ zu sichern und der italienische Premier Berlusconi küsste sogar Gaddafis Händchen aus lauter Dank für das viele Öl und immer weniger Asylanten.

Die EU schreit nach Menschenrechten

Obwohl für alle westlichen Mächte klar war, dass der Führer Libyens sich nicht viel um Menschenrechte scherte, schreien sie jetzt laut auf und kritisieren seine brutale Vorgehensweise gegen die Demonstran-

ten. Dabei wurden doch seit Jahren Armutsflüchtlinge in überhitzten und maßlos überfüllten Flüchtlingscamps eingepfercht, geschlagen, gedemütigt, gefoltert und sogar ermordet – zum Teil mit EU-Geldern. Mehrere tausend Menschen wurden ohne Lebensmittel und Trinkwasser mitten in der Sahara ausgesetzt. Und die ach so moralischen Länder der EU übersahen Gaddafis menschenrechtsverletzende Politik ganz einfach. Denn für sie zählte das Ergebnis: weniger Flüchtlinge erreichten Europa.

Waffen aus dem Westen

Militärische Güter aus der westlichen Welt florieren schon länger auf dem libyschen Markt und in den Händen des Diktators. Allein 2009 lieferten die EU-Länder Rüstungsgüter im Wert von mehr als 344 Millionen Euro. Aus Deutschland kamen nicht die meisten Waffen, jedoch bestes Fachpersonal aus Polizei und Militär, welche die libysche Armee ausbildete und das nötige „Waffen-Know-How“ vermittelte – zur Unterdrückung der Bevölkerung. Auch verkauften sie „Militärelektronik“ wie z.B. Störsender, welche das Gaddafi-Regime höchstwahrscheinlich einsetzte, um die revoltierende Opposition zu entkräften, indem man z.B. die Internet- und Mobilfunknetze blockierte. Zurzeit werden mehrere Kriegsschiffe verschiedener Nationen u.a. von Deutschland an die libysche Küste entsandt. Unter dem Vorwand, Staatsbürger zu evakuieren, schließt der Europäische Auswärtigen Dienst jedoch eine mögliche militärische Intervention nicht aus. Wohl kaum, um Gaddafi zu schützen – aber ihre Profite und Interessen.

Und das Ende vom Lied?

Gaddafis Macht neigt sich immer mehr dem Ende zu. Die libysche Bevölkerung ist überzeugt, ihn stürzen zu können. Am 27. Februar gründeten einige Oppositionelle einen „nationalen Übergangsrat“, welcher sich selbst als das „Gesicht der Revolution“ bezeichnet. Wer ist jedoch in dieser Opposition? Liefern denn nicht auch alte Regimefreunde wie z.B. Innenminister Juni zur Opposition über? Und in Tunesien sehen wir, dass allein den Diktator zu stürzen, nicht ausreicht, um eine wirkliche Demokratie zu erreichen. Während den letzten Tagen gingen auch dort wieder mehrere tausend Menschen auf die Straßen, aus Angst, dass ihre Forderungen nach „Freiheit und Brot“ von der Übergangsregierung verraten werden. Auch die neue Regierung ließ, ohne Rücksicht auf Verluste, auf sie schießen. Es reicht nicht aus, nur die Köpfe aus zu wechseln, sondern es muss das gesamte System verändert werden!

Von Kollegen für Kollegen...

Gleiche Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn, gleiche Qualifikation!

Absicherung bei Fahruntauglichkeit!

Kürzere Schichten, längere Ruhen!

Die Urabstimmung für den vollen Streik wird sicher ein überwältigendes JA bringen.

Die Stimmung ist super. War doch gut zu sehen, dass wir richtig zupacken können.

Also, ran an den Speck! Jetzt geht es darum, den Streik gut vorzubereiten, viele Köpfe und Hände sind nötig: wie können wir alle Züge zum Stehen bringen? Wie können wir verhindern, dass uns die Transportleitung austrickt und ein Gleis freihält? Wie können wir im Streik zusammen kommen? Wie können wir die Zögernden und die Kollegen aus anderen Bereichen mitziehen?

Wir brauchen **Streikversammlungen**, um unsere Forderungen zu diskutieren und die nächsten Schritte zu organisieren... bis wir mit dem Ergebnis zufrieden sind!

ReAct 2011

Viele Kollegen vom Güterverkehr erzählen, dass es in den Warnstreiks schon sehr gut geklappt hat. Auch die Beamten ziehen mit und versuchen, alle ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Streik nicht zu behindern. Da kann man auch schon mal aus heiterem Himmel Zahnschmerzen bekommen... so ein Pech aber auch...

Die Kollegen vom Güterverkehr, die durch Kurzarbeit und Kürzungen stark gebeutelt sind, sind wichtig im Streik. Das trifft nicht nur die Gewinne der Bahnkonzerne, sondern auch die vieler Großkonzerne. Das hat sich schon 2007/08 gezeigt.

Zusammen und dabei!

Man konnte immer wieder EVG'ler erleben, die beim Streik dabei waren, am Ostkreuz, Gesundbrunnen... Auch Kollegen, die in gar keiner Gewerkschaft sind, haben mitgemacht.

Über Gewerkschaftsgrenzen hinweg haben wir gemeinsame Forderungen. Je mehr wir sind, desto besser können wir diese durchsetzen.

ODEG: Streik trotz geklautem Zug

Auch in Lichtenberg, Schöneweide und KW haben ODEG-Kollegen mitgestreikt.

Der Kollege in Schöneweide blieb an seinem Zug nicht lange allein. Streikende aus Lichtenberg kamen dazu. In KW allerdings war unser streikender Kollege etwas traurig, weil ihm sein Zug vom Teamleiter geklaut wurde.

Alle wissen, dass diese Streikbrecher aus der Fahrplanung nicht auf Dauer den Laden laufen lassen können. Wer fährt schon den ganzen Tag?

Keine Rücksichtnahme!

Die Unternehmen berufen sich gerne auf „ungleiche Wettbewerbsbedingungen“, um ungleiche Bezahlung oder Arbeitsbedingungen zu rechtfertigen. Wettbewerb im Kapitalismus ist immer „ungleich“ oder „unfair“ – die Großen fressen die Kleinen – und wohin er führt, auf wessen Kosten, zeigen 17 Jahre Bahnreform!

Es gibt keinen Grund für uns, auf deren Wettbewerb Rücksicht zu nehmen. Deshalb fordern wir auch keinen „fairen Wettbewerb“, sondern **gleichen Lohn für gleiche Arbeit!**

Kein Anschluss unter dieser Nummer ...

Zu jedem Fahrplanwechsel das gleiche Spiel: Die neuen Zugnummern funktionieren in den Fahrgastinformationsanzeigen nicht. Die Regio-Chefs erklären das so: „*Derzeit gibt es in unserem Betrieb niemanden, der die nötigen technischen Voraussetzungen mitbringt, ... und es soll, ...weitere Gespräche geben.*“

Wir haben einen Verbesserungsvorschlag: Programmiert unter 11833 die Anzeige „Streik“. Das macht sinnlose Gespräche überflüssig.

Ohne Streik nur Sch...

Die KiN bei Regio haben kaum noch Schichten unter 10 Stunden... Jetzt wurde die offizielle Arbeitszeit auf 39 Stunden raufgesetzt.

Die Bahnunternehmen wollen noch mehr. Im TV SPNV, den sie mit der EVG abgeschlossen haben, heißt es: „Die ununterbrochene Ruhezeit zwischen zwei Schichten kann neun Stunden betragen (...). Ruhezeiten von weniger als zehn Stunden Dauer dürfen (...) zweimal hintereinander geplant werden.“ Der Kommentar der EVG: Diese Öffnungsklauseln seien in der Branche SPNV „fast üblicher Standard“. Das zeigt, wie nötig der Streik ist!

Untaugliche suchen Plätzchen

Im März beginnt wieder ein Lehrgang für Stammaufsichten. Einige Kollegen sollen ein Plätzchen im Stammaufsicht-Konzept bekommen, andere hängen in der Luft. Auf der Betriebsversammlung gabs die klare Ansage, die sollen eigentlich gar nicht mehr da sein.

Was dringend nötig ist, ist eine Absicherung für die untauglichen Aufsichten, die wegen Krankheit keine betrieblichen Aufgaben mehr machen dürfen und für alle, denen vor Jahren erklärt wurde, dass sie zu blöde sind, ein Glas Wasser auszukippen.

Die Aufsichten brauchen ein Verbot von Entlassungen und ein Angebot als mobile oder Stammaufsicht in Berlin!

Und Tschüss? - Nein, Übernahme!

Gerade richtig eingearbeitet, schon sind sie wieder weg, die Servicehilfskräfte auf den Bahnsteigen.

Dabei wissen alle, dass deren Hilfe nötig ist, so wie die Arbeit von so vielen Zeitarbeitern.

Auf der Betriebsversammlung gab es deshalb auch Applaus für die Forderung nach Festeinstellung.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Dies ist Dein Flugblatt! Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:
flugblatt_bahn@gmx.de www.sozialistische-arbeiterstimme.org

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin